

Neues Pester

Kongress der Staatsbeamten.

Die Beamten... die Dienstpragmatik und die Erhöhung ihrer Bezüge.

Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Grafen Theodor Batthyány hat heute Nachmittag in einem Saale des Komitatshauses eine Landesversammlung der Staatsbeamten stattgefunden, in der all jene Fragen zur Sprache gelangten, die die ungarischen Staatsbeamten seit einer Reihe von Jahren beschäftigen. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren die Einführung der Dienstpragmatik, die Regelung der Bezüge und die Bewilligung einer entsprechenden Theuerungszulage. Ueber diese Punkte entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, an der sich eine ganze Reihe von Rednern beteiligte.

Ueber den Verlauf der Versammlung liegt uns der folgende Bericht vor:

Der Landesverein der Staatsbeamten hielt heute Nachmittag in einem Saale des Pester Komitatshauses eine außerordentliche Landesversammlung. Auf der Tagesordnung standen außer laufenden Angelegenheiten drei wichtige Punkte: die Kriegsunterstützung der Staatsbeamten, die Erhöhung ihrer Bezüge und die Frage der Dienstpragmatik. Bereits vor 4 Uhr, der für den Beginn der Versammlung festgesetzten Stunde, hatten sich die Mitglieder des Vereins, der in Folge des Krieges seit zwei Jahren keine Versammlung halten konnte, in so großer Zahl eingefunden, daß der Saal sich als zu klein erwies. Es mußte daher bei der Oberstadthauptmannschaft die Genehmigung für die Abhaltung der Versammlung in der Redoute eingeholt werden. In den weiten Räumen und auf den Galerien der Redoute fanden die Tausende Beamten endlich Platz.

Um 5 Uhr eröffnete Vereinspräsident Reichstagsabgeordneter Graf Theodor Batthyány die Generalversammlung. Zunächst gedachte er der Person des Königs, an den ein Huldigungstelegramm gerichtet wurde. In dem Telegramm heißt es, daß das Wort Sr. Majestät, jede Arbeit möge ihre Früchte tragen, die Hoffnung erwecke, daß die unhaltbare Lage der Beamten bald eine Besserung erfahren wird. Auch die Schaffung einer Dienstpragmatik wird unter der Regierung des Königs erwartet, da nur dann das Talent, das Wissen und die individuelle Verantwortlichkeit zur vollen Geltung kommen können. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies Graf Batthyány auf den Wert der Organisation hin und meinte, der Verein habe nur so viel Einfluß, als er Kraft in sich zusammenfaßt. Die letzte Stunde ist gekommen und den Beamten müsse in ihrer schrecklichen Noth beigegeben werden. Er bittet daher die Regierung und die Municipien, daß sie die gerechten Forderungen der Beamten erfüllen mögen. Hier setzte stürmischer Applaus ein, aber man hörte auch Aufse: „Wir bitten nicht mehr, wir fordern!“ Graf Batthyány brachte dann Beweise dafür, daß die Forderungen des Vereins für die Beamten ein Minimum bilden. Er glaube, daß die Kriegsunterstützungen den Beamten sofort gewährt wird und daß noch während des Krieges die allgemeine Situationsregelung und die Dienstpragmatik vorbereitet werden. Wenn aber der heute unternommene Schritt bei der Regierung und den Municipien keine Wirkung haben sollte, dann müsse im

Rahmen des Gesetzes ein zweiter energischerer Schritt unternommen werden.

Johann Anka drückte dem Grafen Batthyány im Namen des gesamten ungarischen Beamtenkörpers seinen Dank dafür aus, daß er seit einem Jahrzehnt in der selbstlosesten Weise die Interessen der Beamenschaft vertritt und unablässig bemüht ist, deren materielle und soziale Lage zu verbessern. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bemühungen des Grafen Batthyány von der Einführung der Dienstpragmatik und der Regelung der Bezüge der Beamten gekrönt werden.

Hierauf unterbreitete Ministerialrath Dr. Andreas Andor folgenden Beschlus Antrag:

Mit Rücksicht auf die ungeheure Theuerung wünschen die Beamten: 1. Daß sämtliche Begünstigungen, welche die hinter der Front dienenden Offiziere und anderen militärischen Angestellten bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Industrieartikeln genießen, ferner bis den Beamten einzelner Ministerien bewilligten Begünstigungen und Beschaffungsmöglichkeiten auch ihnen zu Theil werden sollen; 2. daß die Produkte der Staatsdomänen aus erster Hand und in erster Reihe den Konsumgenossenschaften und Anschaffungsgruppen der Staatsbeamten zu einem Vorzugspreise überlassen werden sollen; 3. die Preise sämtlicher Lebensmittel und Industrieartikel sollen maximalisiert und bezüglich derselben das Recht des Verkaufszwanges und der Requirierung festgestellt werden; 4. der Leiter des Volksernährungsamtes soll mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet und auch mit der Versorgung mit Lebensmitteln der bürgerlichen und militärischen Bevölkerung hinter der Front betraut werden. In dem Senat für Volksernährung sollen auch die Beamten vertreten sein. Außerdem sollen die von der Gesetzgebung bereits bewilligten Kriegsunterstützungen in dem Maße erhöht werden, daß sie in der XI.—IX. Gehaltsklasse mindestens 100 Prozent, in der VIII.—VII. Gehaltsklasse mindestens 75 Prozent, in der VI.—V. und in den höheren Gehaltsklassen mindestens 50 Prozent des Gehaltes und der Personalzulagen ausmachen. Außerdem soll zur Anschaffung von Kleidern, Wäsche und Einrichtungsstücken eine besondere Unterstützung im Betrage des dreifachen, beziehungsweise zweifachen oder einmonatlichen Gehaltes flüssig gemacht, die Familienzulage je nach einem Kinde bei den Beamten mit 400, und bei den Unterbeamten und Dienern mit 200 Kronen festgesetzt werden. Schließlich soll sämtlichen pensionierten Beamten, den pensionsberechtigten Witwen und Waisen eine außerordentliche Unterstützung bewilligt werden.

Dem Kongress liegen mehrere wichtige Resolutionen vor.

Die zweite Resolution fordert die Schaffung einer solchen Dienstpragmatik, welche die Unnahbarkeit, die Fachtätigkeit und Unparteilichkeit der öffentlichen Beamten auf der ganzen Linie gewährleistet. Die Unnahbarkeit erfordert ein den jeweiligen Lebensverhältnissen angepaßtes Stammgehalt und ein bis zu einem gewissen Zeitpunkte automatisch steigendes Einkommen, die Fachtätigkeit die Systemisirung der Fachprüfungen, die Geltendmachung des Talents, des Fachwissens und der individuellen Verantwortung und die Unparteilichkeit, daß die Disziplinarangelegenheiten der Beamten unter den Schutz des unabhängigen Gerichtes gestellt werden.

Diese Petita sollen dem Ministerpräsidenten unterbreitet und mit der Bitte um Unterstützung in Kopie den Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses, sowie den Präsidenten der Reichstagsparteien zugesendet werden. Zum Schlusse der Resolution werden die Staatsbeamten aufgefordert, sofern sie nicht Mitglieder des Landes-Beamtenvereins sind, ehestens in diesen einzutreten.

In der Begründung dieses Beschlus Antrages, der mit großem Beifall einstimmig angenommen wurde, führte Ministerialrath Andor aus, daß die Wünsche der ungarischen Beamenschaft weit hinter der gegenwärtig herrschenden Theuerung zurückbleiben. Er wies an der Hand statistischer Daten nach, um wieviel Prozent die Lebensmittelpreise seit dem Ausbruch des Weltkrieges gestiegen sind, und meinte, wenn der Finanzminister den Beamten alle Lebensmittel und andere Bedarfsartikel zu den früheren Preisen zur Verfügung stellen würde, sie nicht einen Heller Zulage oder Gehaltserhöhung verlangen würden. Unter den jetzigen Verhältnissen aber sehen sich die Beamten veranlaßt, die Bitte zu unterbreiten, ihnen eine Existenzmöglichkeit zu bieten. Dies sei auch im Interesse des Thrones wie des Staates gelegen.

Der Kolozsbärer Tafelrichter Daniel Jékely schloß sich im Namen seiner Antikollegen mit Freude dem Beschlus an.

Frau Joseph Sáfli sprach im Namen der weiblichen Beamten, namentlich der weiblichen Postangestellten, und will auf das nachdrücklichste betonen, daß angesichts der großen Zahl der gefallenen und im Kriege invalide gewordenen Soldaten die Arbeit der Frau doppelt werthvoll und notwendig sei, daß aber die Arbeit, die von der Frau geleistet wird, auch entsprechend bezahlt werden müsse. Die Werthung der Frauenarbeit ist auch ein Interesse der Männer, denn wenn die Bezahlung die gleiche ist, wird es sich der Staat wohl überlegen, schwächere Kräfte für dasselbe Geld anzustellen.

Kanzleidirektor Heinrich Wüstner, Präsident des Landesvereins der Justizmanipulationsbeamten, erklärte, den Beschlus Antrag anzunehmen, tritt jedoch dafür ein, daß der Anschaffungsvorschuß wenigstens 1000 Kronen betragen müsse. (Lebhafteste Zustimmung.) Auch bittet er, diesen Vorschuß sofort zu gewähren, damit die Lebensmittelpreise von den Spekulanten inzwischen nicht weiter in die Höhe getrieben werden. Er trat auch für das sofortige Inslebenreten der Dienstpragmatik ein.

Roland Kiss regte den Plan der Kallirung der Beamten an und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine Kallirung das Gewicht und den Einfluß der Beamenschaft heben würde.

Emerich Sankla (Máramarosziget), der sich ebenfalls dem Beschlus Antrag anschließt, trat dafür ein, daß in erster Reihe die siebenbürgischen Beamten, die in Folge des Einbruchs der Rumänen so viel gelitten, bedacht werden mögen.

Elemér Horváth und Georg Czipot (Debreczen) schlossen sich im Namen der Beamten des Komitats Hajdu dem Beschlus Antrag an.

Nachdem noch Karl Buday gesprochen hatte, reflektirte Ministerialrath Andor auf die Ausführungen der einzelnen Redner und empfahl den vom Richter Emerich Sankla unterbreiteten Antrag, daß namentlich die siebenbürgischen Beamten zu berücksichtigen sind, und die von Heinrich Wüstner beantragte Modifikation, den Anschaffungsvorschuß schon am 1. Mai anzutreffen und diesen mit 1000 Kronen festzustellen.

Zum Schlusse sprach noch Graf Theodor Batthyány, worauf der Beschlus Antrag mit den vom Vorsitzenden beantragten Modifikationen mit großer Begeisterung angenommen und der Präsident betraut wurde, an die Regierung und an die Legislative ein Memorandum zu richten, das die Wünsche der Beamten enthält.

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.